

Mahnmal Aktuell

Vortrag
in Erfurt

»EIN MAHNMAL FÜR DIE MILLIONEN OPFER DER KIRCHE«

www.KirchenOpfer.de

Erscheint 4x im Jahr · Ausgabe Nr. 2a/2005
In eigener Sache: Die Ausgabe 1/ 2005 erschien versehentlich als 2/ 2005.

Radikal Ratzinger

Alles andere »ausmerzen«!

Andersdenkende - Andersgläubige - Demokraten in Gefahr

Schon vor seiner Wahl verurteilte er Meinungsvielfalt, die er als »Fundamentalismus der Unverbindlichkeit« geißelte. Wenig später warnte er in alter Inquisitionsmanier vor »christlichen Sekten«. Sie könnten schließlich seiner unchristlichen Großsekte gefährlich werden. Der neue Papst gibt sich von Anbeginn totalitär und damit höchst unheilig. Er knüpft nahtlos an das an, was man in dem offiziellen röm. kath. Lehrbuch Neuner/Roos, »Der Glaube der Kirche« S. 256 finden kann: Die Kirche will "ausmerzen, was gegen den Glauben ist" und "Irrlehren verbieten". Kommt nun also doch eine verstärkte Welle der Inquisition auf uns zu? Als Papst Ratzinger noch Kardinal war, stand er selbst der früher so bezeichneten Inquisitionsbehörde vor. In Fernsehsendungen verteidigte der Mann sogar die Praxis der Inquisitions-Verhöre als "Fortschritt", weil man die Opfer nun anhörte. Doch Hunderttausenden nützte dies nichts. Sie wurden gefoltert und hingerichtet!

Die Wahl des neuen Papstes war auch ein wichtiges Thema bei der Podiumsdiskussion zum Thema »Spart Euch die Kirche«, die am 25. April in Erfurt stattfand. Wie in letzter Zeit schon fast üblich, versuchte die Hotelleitung, den Saal kurzfristig wieder zu kündigen. Glücklicherweise gelang es diesmal erfahrenen Anwälten, dieses widerrechtliche Verhalten seitens des Hotels zu verhindern!

Ständig neue Zahlungen an die Kirche

In einem bis zum letzten Platz gefüllten Saal begrüßte der Sprecher der Initiative Ralf Speis die anwesenden Redner: Professor Dr. theol. Hubertus Mynarek, ein sehr bekannter Buchautor und bedeutender Kirchenkritiker, sowie den Journalisten Matthias Holzbauer und den ehemaligen evangelischen Pfarrer Dieter Potzel.

M. Holzbauer ging in seinem Vortrag auf die skandalösen neuen Zahlungsverpflichtungen ein, die die Kirche mit den neuen Bundesländern ausgehandelt hat, obwohl die Kirchenmitglieder dort in der Minderzahl sind. So wurde

z.B. die bisher private katholische Hochschule in Erfurt in eine Staatsuni umgewandelt. Der Staat darf zahlen, das Sagen aber hat die Kirche. Trotz der schon 14,15 Mrd. Euro, die die Kirche jährlich an Subventionen vom Staat erhält, fließt davon kein Euro in Sozialleistungen - , bleibt ihre Geldgier weiter ungebrochen. Holzbauer forderte die Anwesenden auf, sich an den Menschen des Mittelalters ein Beispiel zu nehmen, die gegen diese Ungerechtigkeit wenigstens noch aufbegehren.

Skandal: Kirchenaustritte nicht anerkannt

D. Potzel prangerte das Unrecht an, dass Kirchenaustritte zu DDR Zeiten oftmals heute nicht von der Kirche anerkannt würden. So erhielt schon manch braver Bürger der neuen Bundesländer, der glaubte, seit vielen Jahren ausgetreten zu sein, Nachzahlungsbescheide in Höhe mehrerer tausend Euro! Diesen bleibt dann meist nur der teuere Rechtsweg offen. Für Potzel gab es nach langen



Das Podium (von links): M.Holzbauer, Prof.Mynarek, R.Speis, D.Potzel

Jahren in der Kirche irgendwann nur die Frage: Christus oder Kirche? Beides zusammen war für ihn unvereinbar. Denn die Fakten belegen: Die Kirche beruft sich zwar auf das Evangelium, handelt aber in wesentlichen Fragen dagegen. Sie handelt eben katholisch oder evangelisch, aber nicht christlich.

Prof. Dr. theol. H. Mynarek wies auf die Massenhysterie hin, die seitens der Medien beim Tod Johannes Paul II. angeschürt wur-

de. Was aber hat er bewegt? Ist er etwa der sterbende Heiland des 21. Jahrhunderts?

"Er belog uns alle"

Nein, er zeigte reinstes inszeniertes Theater, nur Image ohne Substanz. Mynarek wies auf seinen Aufsatz hin "Er belog uns alle". Ratzinger ist Mynarek persönlich bekannt. Zunächst war der heutige Papst ein liberaler Theolog

Fortsetzung auf Seite 3

WER SIND WIR?

Vor ca.fünf Jahren befassten sich einige Zeitgenossen etwas ausgiebiger mit der Geschichte der katholischen und evangelischen Kirche und erschraken, wieviele Millionen Menschen die Kirchen auf dem Gewissen haben.

Sehr betroffen machten sie bei ihren Nachforschungen die vielen Einzelschicksale.

Gemeinsam mit Freunden und Bekannten sahen sie die Notwendigkeit für ein Mahnmal für die Kirchenopfer - so wie z.B. auch das Mahnmal für die Holocaustopfer in Berlin unbestritten notwendig ist. So entstand die Initiative:

EIN MAHNMAL FÜR DIE MILLIONEN OPFER DER KIRCHE.

Das Mahnmal soll zum einen ein Gedenken an die Millionen Kirchenopfer sein und zugleich verhindern, dass Ähnliches heute oder in Zukunft geschehen kann! Deshalb engagiert sich die Initiative mit folgenden Aktivitäten:

- Infotische in ganz Deutschland
- Podiumsdiskussionen besonders in katholischen Hochburgen - mit Prof. Dr. theol. Mynarek und Ex-Pfarrer D. Potzel
- Herausgabe der Zeitung *Mahnmal Aktuell* (4x jährlich)
- Herausgabe einer Dokumentation
- Anzeigen in Zeitungen usw.

Immer mehr Menschen sehen das Unrecht der Kirchen und die Notwendigkeit aufzuklären und aktiv zu werden!

HELFFEN AUCH SIE MIT!

● Sammeln Sie Unterschriften für das Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirchen (fordern Sie Unterschriftenlisten an)!

● Schreiben Sie Leserbriefe!
● Verteilen Sie unser Informationsmaterial!

● Unterstützen Sie unsere Initiative finanziell durch Spenden und werden Sie Fördermitglied.

Das Wichtigste nicht vergessen:

● **Treten Sie möglichst noch heute aus der Kirche aus!!!**

Aktuelle Plakataktion:

"Spart euch die Kirche!"

Bundesweite Plakataktion bringt Kirche ins Schwitzen ++ Dutzende Städte sind dabei++

Unsere Plakataktion geht weiter: In vielen Städten Deutschlands hängen wieder die Plakate, die Kirchenobere zum Schwitzen bringen.

Übrigens: Wir haben noch Plakate übrig. Wollen Sie auch eines aufhängen lassen? Mit 40 € sind Sie dabei. Melden Sie sich unter Initiative Mahnmal, Theaterstr. 25, 97070 Würzburg.

Hier eine Auswahl der Städte: Aachen, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Neustadt, Bamberg,

Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Cham, Coburg, Darmstadt, Deggendorf, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Erding, Erlangen, Essen, Frankfurt, Fulda, Gemünden, Gießen, Hamburg, Hammelburg, Heidelberg, Ingolstadt, Kaiserslautern, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Kulmbach, Landshut, Leipzig, Leverkusen, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Paderborn, Regensburg, Rosenheim, Speyer, Worms uvm.



Unsere Plakate hängen wieder bundesweit.

» Benedikt »

Blutige Inquisition klebt an diesem Namen

Wer glaubt, dass Papst Ratzinger bei der Wahl seines Namens nur wenige Jahrzehnte zurückgriff der unterschätzt womöglich seine Intelligenz und sein historisches Wissen.

Soldaten auf allen Seiten gesegnet

Zu diesem Schluss kam die Frankfurter Allgemeine (21.4.05). Der letzte Benedikt-Papst, der XV. dieses Namens, regierte von 1914 bis 1922, war jedoch, so die FAZ, "so unscheinbar, dass er geradezu als 'un Pape méconnu' bezeichnet wird". Allgemein werden heute zwar die "Friedensaufrufe" (siehe unten) dieses Papstes während des Ersten Weltkriegs gewürdigt - doch man unterschlägt dabei, dass Benedikt während dieses Völkerschlachtens seelenruhig die Feldgeistlichen auf beiden Seiten der Front die Soldaten unter Berufung auf Gott in das gegenseitige Morden treiben ließ.

Das ist eben der Stuhl Petri:

Wer mit Protestanten das Abendmahl teilt, wird von Josef Ratzinger bestraft. Wer auf seine Mitmenschen schießt, wird - nicht nur von Benedikt XV. - gesegnet.

Wenn man sich die Mühe macht, ein wenig weiter in der Geschichte zurückzublättern, stößt man auf zwei bedeutende Inquisitoren, die beide unter dem Namen Benedikt regierten.

Ausrottung der Katharer

Die FAZ nennt immerhin den ersten: Benedikt XII. (1334-42). Er war vor seiner Wahl zum Papst als Jacques Fournier Bischof in Pamiers am Fuße der Pyrenäen. Er machte dort die Verfolgung und Ausrottung der letzten noch verbliebenen Katharer (die sich nach dem Ketzerkreuzzug im 13. Jahrhundert längst nicht mehr offen zu ihrer Überzeugung bekennen konnten) zur Chefsache, führte selbst die Verhöre und ließ die Scheiterhaufen anzünden.

Auch der übernächste Benedikt, der XIV., war ein Inquisitor, der auf den Stuhl Petri gelangte. Er bestätigte im Jahre 1744 mit der Bulle "Ab Augustissimo" die Verordnungen seiner Vorgänger, worin die Todesstrafe für Hostienmissbrauch zu magischen Zwecken schon bei Ersttätern vorgeschrieben wurde. Und er schränkte die Möglichkeiten der Angeklagten, sich zu verteidigen, weiter ein.

Wolf im Schafspelz

Da hat der bisherige Vorsteher der "Glaubenskongregation", die in unmittelbarer Nachfolge der "Heiligen römischen Inquisition" steht und bis heute im selben Gebäude residiert, als Papst - bewusst oder unbewusst - einen sehr passenden Namen angenommen. Aber als schlauer Inquisitor wird er sich hüten, das jemals zuzugeben. Vielleicht wird er ja die erste Zeit noch den Wolf im Schafspelz spielen. Aber dann ...



Aus Kardinal Ratzinger wurde Papst Benedikt XVI.
Bild: Archiv

Benedikt XV. - ein »Friedenspapst«?

Alle fielen sie drauf rein, Politiker wie Journalisten: Der letzte Papst mit Namen Benedikt soll ein "Friedenspapst" gewesen sein.

Dabei würde ein kurzer Blick in Karlheinz Deschners Nachschlagewerk "Ein Jahrhundert Heilsgeschichte" genügen, um diese Illusionen stark zu dämpfen:

Serben heim ins Reich holen

Die erste "Friedenstat" Benedikts XV. (1914-1922) war, über seinen Vorgänger, Pius X., die Legende zu verbreiten, dessen "letzte Lebenskraft" sei "durch den Schmerz über den in Europa ausgebrochenen Bruderkrieg gebrochen worden". Dabei hatte Pius diesen Krieg mit verursacht, indem er Österreich-Ungarn zum Angriff auf das fast wehrlose Serbien ermuntern und drängen ließ. Schließlich sind die Serben orthodox, und die orthodoxe Kirche "heim ins Reich" zu holen, war schon immer ein Hauptanliegen vatikanischer Politik.

Friedensappelle als Parteinahme

Sodann richtete Benedikt tatsächlich mehrfach allgemeine "Friedensappelle" an die kämpfenden Parteien. In den ersten beiden Kriegsjahren wurden diese jedoch - nicht ganz zu Unrecht - als Parteinahme für die zu diesem Zeitpunkt besser dastehenden Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn) angesehen und von den Alliierten (Großbritannien und Frankreich) ignoriert. Der Vatikan versprach sich von einem

deutsch-österreichischen Sieg ein leichteres Vordringen seiner Mission nach Osten. Als sich das Blatt dann wendete, baten die Mittelmächte den Papst um weitere Vermittlungsversuche, die dieser jedoch ablehnte - die Kurie ist nie gerne auf Seiten der Verlierer und macht auch keinen Finger für sie krumm. Lediglich nach der Revolution in Russland 1917 ergriff der Papst noch einmal die Initiative - diesmal allerdings wieder nicht aus Friedensliebe, sondern aus blanker Angst, die (zunächst bürgerliche) Revolution könne auch auf Italien übergreifen und den Vatikan selbst gefährden. Schließlich behauptete der Papst: "Auch Jesus Christus war Adelliger, adlig waren Maria und Josef"; und Christus habe "in hervorragender Weise mit dem irdischen Adel in Beziehung" gestanden.

Angst vor Verlust des Reichtums

Die steinreiche Kirche hat wohl einiges zu verlieren, wenn das Volk sich gegen die Reichen erhebt.

Die Friedens-Appelle des Papstes verhallten ungehört. Mehr Erfolg hatte er mit anderen Maßnahmen: Er hat nämlich "bei Kriegsbeginn unverzüglich die Organisation von Militärgeistlichen erleichtert", so Deschner, der außerdem zwei naheliegende Fragen stellt, die heute im Zeichen allgemeiner Papst-Euphorie keinem Politiker oder Journalisten mehr einfallen: "Warum hat der Papst den Katholiken das Schlachten nicht verboten? Warum nicht aufgerufen, allüberall die Waffen wegzuzwerfen?"

Hubertus Mynarek über den neuen Papst Josef Ratzinger

»Ein systemstützender Intelligenzler«

Prof. Hubertus Mynarek sah Anfang der 70er Jahre nicht voraus, dass Ratzinger, damals Theologieprofessor, später Kardinal, sogar Papst werden würde. Doch in seinem Buch "Herren und Knechte der Kirche", 1970, charakterisierte er ihn bereits damals nicht schlecht.

Verbotenes Buch

Dieses Buch wurde wenig später verboten, weil ein Dutzend Professoren, Kardinäle und Bischöfe - darunter auch Ratzinger - sich darin beleidigt sahen und den Autor vor Gericht zu hohen Schmerzensgeldzahlungen verurteilen ließen. Die in dem Buch genannten Tatsachen konnte jedoch niemand in Frage stellen.

Ratzinger fühlte sich in seiner Ehre gekränkt, weil Mynarek die Meinung geäußert hatte, diesen Theologen werde man wohl nicht zum Bischof ernennen, weil sein Erscheinungsbild - so sinngemäß - nicht gerade sehr maskulin und seine Stimme nicht eben sehr beeindruckend sei. Die genaue - wesentlich spritzigere - Formulierung sei dem Leser hier aus juristischen Gründen ausnahmsweise vorenthalten.

Mynarek schildert in seinem Buch die "seltsame Jagdlust" so mancher Theologieprofessoren, die "nach einiger Zeit einen weiteren Ruf auf einen Lehrstuhl einer größeren, berühmteren Universität bekommen" möchten und die dabei "Berufungen sammeln wie andere Briefmarken oder Kunstgegenstände". Über Mün-

chen, Bonn, Münster und Tübingen gelangte der ehrgeizige Schriftgelehrte schließlich nach Regensburg - von wo ihn dann, entgegen Mynareks Prognose, doch noch der Ruf auf den Bischofsstuhl nach München erteilte.

Ratzingers Geltungshunger

Schon damals fiel auf, dass Ratzinger sich "als eigentlicher Hüter und Bewahrer des kirchlichen Traditionsgutes" verstand, sodass sein Professorenkollege Klostermann spöttelte: "Der Fortschritt in der Theologie darf nur bis dorthin, wo Ratzinger gerade steht, reichen." Die "bei allen öffentlichen Auftritten stramm zur Schau getragene Kirchlichkeit Ratzingers", so Mynarek weiter, "zeitigt bereits reife Früchte. Die durch die Unruhe stiftenden, rasanten theologischen Entwicklungen

verunsicherten Amtsträger der Kirche bemerken mit Dankbarkeit, dass sie nach dem Abgang Rahners wieder mit einem systemstützenden Intelligenzler rechnen können." Und: "Die Kirche kennt und besitzt auch heute noch Mittel und Wege, um den Geltungshunger derer, die ihr ergeben dienen, reich zu belohnen."

Damit sollte Mynarek recht behalten.



Das Buch
»Herren und Knechte der Kirche«
ist 2002 in neuer Auflage erschienen. Sie können es
bestellen beim Verlag Das Weiße Pferd,
Max Braum Str. 2, 97828 Marktheidenfeld

Radikal Ratzinger

loge. Vor Priesterseminaristen sagte er sogar die Wahrheit: "Jesus hat kein Priestertum gestiftet."

Wo Ratzinger auch hinkommt - Streit, Streit, Streit

Er durchlief ehrgeizig mehrere theol. Hochschulen, verstritt sich aber schnell mit seinen Kollegen, wie Rahner in Münster und Küng in Tübingen. Die Karriere schien zu Ende, dann erfolgte die Wandlung des Josef Ratzinger: In seiner Heimat Regensburg schrieb er die »Einführung in das Christentum«.

Darin beklagt er sich über Kritik an der Kirche. "Wir alle sollten doch Hüter der Kathedralen sein". Daraufhin wird er Erzbischof von München. Anfang der 70iger Jahre folgt wieder eine Schrift, die Aufsehen erregt: In dem Aufsatz "Das Primat des Papstes und die Kollegialität der Bischöfe", unterstreicht er die Vorherrschaft des Papstes über alle Bischöfe. Nun stand der Weg nach Rom in den Vatikan offen. Johannes Paul II. berief ihn auch bald zum Leiter des

Heiligen Offiziums, der direkten Nachfolgeinstitution der Inquisitionsbehörde. Ratzinger durchlief eine Wandlung vom progressiven Theologen hin zum Reaktionär, zum Verfechter der katholischen Tradition.

Jetzt, da er Papst ist, rufen manche, er hat ja auch eine andere Art, er wird sich wieder ganz wandeln. Aber weit gefehlt. Mynarek brachte Beispiele:

Folgen heute: Immer weniger Gehör in den Medien für Andersdenkende

Im Fernsehen möchte Maischberger zur Diskussion einladen. Gäste sollen unter anderem K.H.Deschner, der bedeutende Kirchenkritiker des 20. Jhdt., und ein Weihbischof sein. Der lässt verlautbaren: "Mit solchen Leuten diskutieren wir nicht!" Also wird Deschner wieder eingeladen. Die Kirche übt Druck aus und der vergrößert sich zusehends. Mynarek trägt nun einige Beispiele aus der Medienlandschaft vor:

»Der Fischer Taschenbuchverlag bat mich schon vor vielen Jahren, über Johannes Paul II. ei-

ne Bilanz seines Pontifikats zu schreiben. Es solle dann erscheinen, wenn der Mann stirbt. Seit 1996 aktualisiere ich Jahr um Jahr. Noch 3 Tage vor seinem Tod bekam ich den Anruf, das Sterben mit in das Buch aufzunehmen. Mir wurde noch einmal zugesichert, der Druck stehe! Doch wenige Tage nach dem Tod Joh. Paul II. trat der Verlag vom Vertrag zurück. Die Kirche übt Druck aus, vor allem über Leute vom Schläge des Opus Dei. Die sitzen in den Redaktionsstuben der Sender, in den Zeitungen, in den Magazinen. Und die haben jetzt durch den Ratzinger Papst in Deutschland weiter Aufwind.« (Inzwischen hat Prof. Mynarek dennoch einen Verlag gefunden, siehe Anzeige S.6)

Tiere sind für den Menschen da

In einem Nachsatz ging Mynarek auf das Naturverständnis des neuen Papstes ein: In einer Vorlesung in Münster sprach Ratzinger vor Studenten sinngemäß: Hase und Reh können sich freuen. Sie werden geschossen - zum Dienste der Menschen. Tiere haben keine Seele.

Den kompletten Vortrag finden Sie im Internet unter www.KirchenOpfer.de

Opfer der Kirche in Erfurt und Thüringen

***16.6.1221:** Durchziehende Teilnehmer eines Kreuzzugs ins "Heilige Land" lösen eine Judenverfolgung aus. Man wirft den Erfurter Juden einen "Ritualmord" vor. Mit dem Schlachtruf "Taufe oder Tod" erstürmt ein aufgewiegelter Haufe ihre Synagoge und zündet sie an, ebenso wie das gesamte Judenviertel. Viele Juden werden gefoltert und getötet.

***1232:** Der berühmte Inquisitor Konrad von Marburg lässt in Erfurt vier "Ketzer" auf dem Scheiterhaufen hinrichten.

***1279:** Der Mainzer Erzbischof verhängt ein drei Jahre währendes Interdikt (Bannfluch, Verbot aller kirchlichen Handlungen) über Erfurt, um dessen Selbstständigkeitsbestrebungen zu schwächen.

***27.3.1329:** Papst Johannes XXII. verurteilt die Lehren des im Jahr zuvor unter ungeklärten Umständen gestorbenen Meister Eckehard. Eckehard, der lange in Erfurt lehrte, ist einer der größten deutschen Mystiker. Durch die inquisitorische Verurteilung geriet sein Werk für mehr als 500 Jahre in Vergessenheit.

***21.3.1349:** Die meisten in Erfurt lebenden Juden (vermutlich etwa 3000) werden ermordet, weil man sie für die Pest verantwortlich macht. Mit Kreuz und Fahne zieht der Pöbel zum Judenviertel. Etwa 100 Juden sterben bei der Erstürmung, die anderen zünden in ausichtsloser Lage angeblich ihre Häuser selber an und sterben den Feuertod.

***1350:** Ein Begarde* namens Konstantin stirbt in Erfurt als "Ketzer" auf dem Scheiterhaufen. *Begarden und Beginen (das weibliche Pendant) bildeten als Laien spirituelle Wohngemeinschaften, die sich unabhängig von der Kirche zu entwickeln versuchten.

***1369:** Der Inquisitor Walter Kerlinger lässt in ganz Thüringen Begarden sowie die ketzerischen "Brüder des freien Geistes" ergreifen und zahlreiche davon umbringen.

***1453:** Der für Erfurt zuständige Mainzer Erzbischof Dietrich ordnet, gestützt auf eine Bulle von Papst Nikolaus V., an, dass die Erfurter Juden gelbe Ringe auf ihrer Brust tragen müssen. Ihr Besitz wird enteignet, sie werden aus der Stadt vertrieben. Gerichtliche Maßnahmen der Juden gegen diese Willkürmaßnahme werden von Papst und Erzbischof vereitelt.

***1521:** Mit einem Aufstand protestieren die Erfurter Bürger dagegen, dass die Geistlichen und die Klöster nicht die gleichen Steuerlasten tragen wie sie, sondern von allen Abgaben befreit sind. Einen ähnlichen Aufstand hatte es bereits 1309 gegeben. Auch im Bauernkrieg (1525) wurden ähnliche Forderungen laut, die jedoch nach der Niederlage der Bauern und Bürger unerfüllt blieben - im Grunde bis heute!

***1528:** Zwölf Täufer, ehemalige Gefährten Thomas Müntzers, werden in Erfurt hingerichtet.

***1530:** Die "Weissagerin" Dorothea wird in Erfurt verbrannt.

***1550:** Die "Zauberin" Dorothe Zimmermann wird in Erfurt verbrannt.

***15.2.1587:** Die "zauberische" Schicken von Dontorf wird in Erfurt verbrannt. Während des Verbrennens lösten sich nach Zeugenaussagen ihre Hände von den Fesseln, "dass sie das brennende Holz von sich stieß und sol lange Zeit beym Gerichte kläglich gewimmert haben." Für ganz Thüringen lassen sich zwischen 1526 und 1731 über 1500 Hexenprozesse nachweisen, von denen etwa 75 Prozent mit dem Feuertod endeten.

***1664:** Der Mainzer Erzbischof Johann Philipp von Schönborn zwingt die Stadt Erfurt mit Waffengewalt, die bis dahin errungen Selbstbestimmungsrechte aufzugeben und sich ihm bedingungslos zu unterwerfen. Die Umgebung der Stadt ist durch erzbischöfliche Truppen verwüstet worden.

***12.9.1933:** Die lutherische Landeskirche Thüringens beschließt, dass nicht als Pfarrer berufen werden darf, wer "nichtarischer Abstammung oder wer mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist". Im November 1933 steht im thüringischen "Monatsblatt für das evangelische Haus - Glaube und Heimat" zu lesen: "Es ist das tröstendste Erlebnis unserer Tage, dass unser Volk - wie dereinst bei Luther, so auch heute bei Adolf Hitler - in seiner ungeahnten Liebe zu seinem Führer und Glaubenshelden sich bekennt."

***23.11.1938:** Kurz nach der Reichspogromnacht legt der thüringische Landesbischof Martin Sasse Luthers Schrift "Von den Juden und ihren Lügen" neu auf und schreibt im Vorwort unter der Überschrift "Weg mit ihnen!": "Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volke wird zur Sühne für die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath durch Judenhand die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiete im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt ... In dieser Stunde muß die Stimme des Mannes gehört werden, der als der Deutschen Prophet im 16. Jahrhundert einst als Freund der Juden begann, der getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner seines Volkes wider die Juden ..."

***1.1.2003:** Die Universität Erfurt übernimmt die bis dahin privat-kirchliche katholische Hochschule. Das finanzielle Opfer bringt - wieder einmal - der Steuerzahler.

Zusammenstellung: Initiative Mahnmahl

Die verhinderte Ausstrahlung einer Sendung

Eine Sendung, sie soll kommen,
Kirchenkritisch liberal,
Nicht angenehm den kirchlich Frommen
Und der Kirche eine Qual.

Sie kommt dem Bischof nicht gelegen
Und auch nicht dem Kardinal.
Und Protest wird sich bald regen
Wie in einem Jammertal.

Der Fernsehmann beginnt zu schwitzen
Weil die Kirche ihm schon droht,
Und bald wird es höllisch blitzen,
Und er fürchtet um sein Brot.

Wenn Kirchenleute protestieren,
Fürchtet er sich sehr,
Seine Stellung zu verlieren,
Und er zittert immer mehr.

Und er spricht: "Die Ideale
Sind ja schön und auch sehr gut,
Doch wenn ich den Preis dann zahle,
Nützt mir auch kein Heldenmut."

Und der Gast wird eingeladen,
Dessen Teilnahme versprochen,
Und um nicht sich selbst zu schaden,
Wird ein Ehrenwort gebrochen.

"Ach, mein Stuhl ist ja so heiß-
Ich will nicht entlassen werden,
Denn die Kirche, wie ich weiß,
Hat ja noch viel Macht auf Erden."

So siegt die Kirche immer wieder,
Einer großen Krake gleichend.
Viele knien vor ihr nieder,
Und die Macht erlangt sie schleichend!

Markus Mynarek

Bilder der Qual



Hexen werden verbrannt.



Hexe wird geköpft



Peinliche Befragung: Wasserfolter

INITIATIVE

Zur Karikatur: Der Staat zockt den kleinen Mann für die Kirche ab - bis in alle Ewigkeit ?



STOPPT DIE ABZOCKER

Petition an den Deutschen Bundestag

Deutscher Bundestag - Petitionsausschuss - Mai 2005
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

In Abdruck an: 1) Finanzausschuss 2) Haushaltsausschuss

Petition für mehr Gerechtigkeit zwischen Staat und Kirche

I. Das Anliegen

In Deutschland wächst die Armut. Die Löcher im Staatshaushalt und in der Rentenkasse werden immer größer. Die Zahl der Arbeitslosen liegt zwischen 5 und 6 Millionen, und jedes zehnte Kind lebt unterhalb der Armutsgrenze. Der Finanzminister ruft zum Sparen auf, die Unternehmer zur Absenkung der Löhne, die Renten sind nicht mehr sicher und das Arbeitslosengeld wird auf Sozialhilfeleistungen zurückgestutzt. Der Umbau bzw. Abbau des Sozialstaats von einst ist in vollem Gange, weil alle den Gürtel enger schnallen müssen. Wirklich alle?

Kirchen von staatlichen Sparmaßnahmen unberührt

Neben einer dünnen Oberschicht, die immer reicher wird, während die Mehrzahl des Mittelstandes und der Unterschichten immer ärmer werden, gibt es die großen Kirchen, die von staatlichen Sparmaßnahmen unberührt bleiben. Sie erhalten weiter uneingeschränkt ihre bisherigen Subventionen in Milliardenhöhe. Auch die große Steuerreform ließ sie unberührt: Die Kirchensteuer bleibt weiterhin abzugsfähig, und ihre Koppelung an das staatliche Abgabensystem erfolgt in einer Weise, dass Bundesfinanzminister Eichel im Jahr 2000 versichern konnte: "Auch nach Inkrafttreten des Steuersenkungsgesetzes steigt das Kirchensteueraufkommen mittel- und langfristig weiter. Auf der Grundlage des neuen Rechts zeigt sich ein Wachstum des Kirchensteueraufkommens von heute [2000] 17,29 Milliarden DM auf rund 20 Milliarden DM in 2006."

Diese vielfältige Bevorzugung der Kirchen ist für viele Bürger ein Ärgernis: zum einen deshalb, weil sie zu den reichsten Organisationen

des Landes gehören; zum anderen deshalb, weil immer weniger Menschen ihre Gottesdienste besuchen (nur mehr ca. 7 % der Bevölkerung), weshalb die Frage auftaucht, wem die staatliche Subventionierung der Amtskirchen eigentlich zugute kommt - den wenigen Kirchenbesuchern oder einer aufgeblähten Kirchenbürokratie?

Verfassungsfeindliche Intoleranz der Kirchen

Hinzu kommt, dass diese Kirchenbürokratie sich durch eine verfassungsfeindliche Intoleranz auszeichnet: So gilt für die römisch-katholische Kirche und ihre Mitglieder bis heute die Verpflichtung, die katholische Lehre in Staat und Gesellschaft durchzusetzen. Pius XII. erklärte wörtlich, es sei die Pflicht, das Recht der Kirche, "sittliche und religiöse Irrtümer zu unterdrücken". Das 2. Vatikanische Konzil hielt 1965 ausdrücklich daran fest, dass "die überlieferte katholische Lehre und die moralische Pflicht der Menschen und der Gesellschaft (?) gegenüber der wahren Religion und der einzigen Kirche Christi unangetastet" bleibe. In diesem Kontext wirkt es beängstigend, dass sich bis heute in der Sammlung der amtlichen Lehrverkündigungen der Kirche der Brief Pius IX. an den Münchener Erzbischof findet, in dem der Papst über seine Kirche sagt: "Sie muss mit peinlicher Sorgfalt alles entfernen und ausmerzen [...], was gegen den Glauben ist oder dem Seelenheil irgendwie schaden könnte." Diese Haltung ist mit der Religionsfreiheit des Grundgesetzes nicht vereinbar. Sie manifestiert sich auch dadurch, dass die katholische Kirche religiöse Minderheiten als "Sekten" diskriminiert und einen Glaubensfeldzug gegen sie führt.

Ähnlich verhält sich auch die evangelisch-lutherische Kirche,

welche Kirchaussteiger, die sich zu neuen religiösen Gemeinschaften zusammenschließen, besonders aggressiv bekämpft. Hier wirkt sich immer noch der Geist Martin Luthers aus, der ja Ketzer bekanntlich dem Henker übergeben wollte. Es ist kein Zufall, dass vor einigen Jahren der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern im Internet verkündete ließ: "Wir wollen das geschichtliche Erbe der lutherischen Tradition bewahren als unsere kulturelle und geistige Heimat." Zu dieser Tradition gehören furchtbare Dinge: Luther rief dazu auf, Bauern totzuschlagen, und versprach den Mördern einen "seligen Tod" (wie heutzutage Islamisten ihren Mordkommandos); und nicht zuletzt rief er dazu auf, die Juden zu verfolgen und ihnen ihre Synagogen anzuzünden.

Kirche distanziert sich nicht von Luther

Er gehört zu den geistigen Urhebern des Holocaust. Hitler bewunderte Martin Luther als "großen Mann", der "den Juden sah, wie wir ihn erst heute zu sehen beginnen". Eine Kirchenbürokratie, die sich von diesem Mann nicht lossagt, sondern ihn als ihre "geistige Heimat" preist, steht im Widerspruch zu Grundwerten unserer Verfassung. Das gilt auch für wichtige Teile der lutherischen Glaubenslehre, die in religiösen und ethischen Fragen die menschliche Willensfreiheit negiert. Diese Lehre ist bis heute Bestandteil des kirchlichen Bekenntnisses. Auch dies ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, das von der Selbstverantwortlichkeit der menschlichen Persönlichkeit und ihrer freien Entfaltungsmöglichkeit ausgeht.

Aus all diesen Gründen - der wachsenden Finanznot des Staates, der schwindenden Zahl der Kirchgänger und der verfassungsfeind-

lichen Verhaltensweisen der Kirchenbürokratie - verlangt die vorliegende Petition von den verantwortlichen Politikern, die Subventionierung der Kirchen durch den Staat einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen - aufgrund einer Bestandsaufnahme der Vermögenslage der Kirchen, der staatlichen Zuwendungen, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der politischen Vertretbarkeit.

II. Der Reichtum der Kirchen

Die beiden großen Kirchen sind in Deutschland eine Wirtschaftsmacht mit einem Gesamtvermögen von ca. 500 Milliarden Euro. Mit insgesamt 50.000 Unternehmen sind sie in fast allen Branchen wirtschaftlich tätig, insbesondere durch Medienunternehmen, durch Immobilienfirmen, Banken und Fondsgesellschaften, Versicherungen, durch Firmen der Getränkeindustrie, des Handels und der Gastronomie sowie der Hotellerie. Mit über 1,3 Millionen Mitarbeitern erwirtschaften die kirchlichen Unternehmen einen Gesamtumsatz von mehr als 125 Milliarden Euro pro Jahr. Mit ihrem Gesamtumsatz liegen die Kirchen auf Platz 2 hinter Daimler Chrysler. Unter den Dienstleistungskonzernen belegen die Kirchen den 1. Platz vor der Deutschen Telekom mit 55,8 Milliarden Euro Umsatz, der Deutschen Post mit 40 Milliarden Euro und der Deutschen Bahn mit 28,2 Milliarden Euro Umsatz.

Gewinne von 10 Milliarden Euro jährlich

Welche Gewinne den Kirchen aus ihrem Gesamtumsatz von 125 Milliarden zufließen, ist im einzelnen nicht bekannt. Es dürfte sich auf jeden Fall um einen Betrag zwischen 10 und 50 Milliarden handeln. Welche Einkünfte sich aus dem Vermögen ergeben, ist ebenfalls nicht bekannt. Man wird davon ausgehen können, dass es sich in jedem Fall um Beträge zwischen 30 und 50 Milliarden Euro handelt. Die Einkünfte aus dem Vermögen wären bei einer durchschnittlichen Rendite von lediglich 2 % jedenfalls 10 Milliarden Euro jährlich.

Außer freiwilligen Spenden fließen den Kirchen die Kirchensteuern ihrer Mitglieder in Höhe von insgesamt ca. 7,7 Milliarden Euro zu. Infolge der sinkenden Mitgliederzahl der Kirchen und des sinkenden Volkseinkommens ist das Kirchensteueraufkommen seit 2000 rückläufig.

III. Die staatliche Subventionierung der Kirchen

Neben ihren Einkünften aus wirtschaftlicher Tätigkeit, aus Kapitalvermögen, Kirchensteuern und Spenden erhalten die Kirchen vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln jährlich Zuwendungen in Höhe von rund 8 Milliarden Euro. Gleichzeitig verzichtet der Staat auf Einnahmen in Höhe von ca. 6 Milliarden Euro. Im einzelnen gliedert sich dies wie folgt auf:

1) Direkte Subventionen (unvollständig) in Milliarden Euro:

Konfessioneller Religionsunterricht	2,45
Ausbildung der Theologen	0,62
Ersparnis durch staatlichen Einzug der Kirchensteuer	1,00
Denkmalpflege	0,04
Militärseelsorge	0,03
Zahlungen d. Bundesländer	0,72
Zahlungen d. Kommunen (v.a. Baubereich, Geschenke, Kultur)	2,50
Baulast-Verpflichtungen	0,05
Zuschüsse an Missionswerke u.a.	0,19
Sonstiges, z.B. Orden, Medien, Kirchentage	0,30
Direkte Subventionen insgesamt ca.	7,90 Mrd. Euro

2) Verzicht des Staates auf Einnahmen in Milliarden Euro:

Absetzbarkeit der Kirchensteuer	3,50
Befreiung von Zinsabschlag- und Kapitalertragsteuer	1,40
Befreiung von der Umsatzsteuer	1,20
Sonstige Befreiungen	0,15
Verzicht auf Einnahmen insgesamt	6,25 Mrd. Euro

Staatliche Subventionen an die Kirchen insges. 14,15 Mrd. Euro

Zu einem erheblichen Teil erfolgen diese Zahlungen aufgrund von Verträgen, die mehr als 200 Jahre alt sind. Sie kamen im Anschluss an die "Säkularisation" zustande, als im Jahre 1803 Kirchengut von Stiften, Abteien, Klöstern und Bistümern auf weltliche Fürsten übertragen wurden und sich der Staat im Gegenzug verpflichtete, die Geistlichkeit und ihre Kirchen zu unterhalten.

Aus den ersten Rechtsakten dieser Art entwickelte sich im Lau-

UNTERSCHREIBEN SIE MIT! UNTERSTÜTZEN SIE AUCH DIE PETITION DER INITIATIVE »STOPPT DIE ABZOCKER«!

fe der Jahrzehnte die Anschauung, dass der Staat nicht nur für die Kirchen und die Pensionen der Geistlichkeit aufzukommen habe, sondern einer allgemeinen Rechtspflicht unterliege, den Kirchen finanziell unter die Arme zu greifen. Daraus wiederum entwickelte sich im Laufe der Zeit ein wahrer Wildwuchs von finanziellen und natürlichen Leistungen auf allen staatlichen Ebenen für alle denkbaren kirchlichen Einrichtungen, von der Pfarrerbesoldung über die Kirchenbaupflichten bis zur Lieferung von Holz und Getreide und zur Stellung von Messwein und Kerzen. Eine Gesamtübersicht über die Vielfalt staatlicher und kommunaler Leistungen und deren wirtschaftlichen Wert fehlt. Die Haushaltspläne von Bund und Ländern weisen diese aus dem 19. Jahrhundert stammenden Zuwendungen nicht gesondert aus. Neben die Entschädigungen für uralte Säkularisationsverluste treten Zuwendungen, die Bund, Länder und Gemeinden in neueren Kirchenverträgen und Konkordaten übernommen haben, in denen zum Teil alte und zweifelhafte Verpflichtungen pauschaliert und aufgestockt wurden. Erwähnt sei die Finanzierung theologischer Lehrstühle und ganzer Fakultäten, wie beispielsweise 90 % der kirchlichen Gesamthochschule Eichstätt, die Militärseelsorge, der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und anderes mehr.

Immer neue Forderungen der Kirche

Zusätzlich zu diesen reichhaltigen Dotationen aus jüngeren, älteren und uralten Kirchenverträgen und Konkordaten forderten die Kirchen nunmehr auch in den neuen Bundesländern vom Staat die Übernahme dauerhafter Finanzierungsverpflichtungen. Dabei geschah dies ohne Rücksicht darauf, wie viele Kirchenmitglieder im jeweiligen Bundesland leben. Ein markantes Beispiel ist Brandenburg, wo nur 3 % der Bevölkerung katholisch sind. Dennoch schloss das Land im Jahr 2003 mit dem Heiligen Stuhl ein Konkordat ab, in dem sich das Land verpflichtet, für Pfarrerbesoldung und -versorgung jährlich eine Million Euro an die Kirche zu bezahlen. Außerdem verpflichtet sich das Land, zur Unterhaltung der Bausubstanz kirchlicher Gebäude einen Betrag von jährlich 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen und für eine bestimmte Kirchengemeinde (Neuzelle) jährlich 50.000 Euro zu bezahlen.

Über die vertraglichen Verpflichtungen hinaus stellen Bund, Länder und Gemeinden von Fall zu Fall Zuwendungen und Subventionen der Kirchentage, Orden, konfessionelle Medien, Akademietagungen und Ähnliches zur Verfügung. Diese Zuschüsse sind oft höher als der Teil, den die Kirchen selbst an Kosten für ihre Veranstaltungen übernehmen. So kostete beispielsweise der Evangelische Kirchentag 2001 in Frankfurt insgesamt 11,8 Millionen Euro. Davon zahlte der Staat einen Zuschuss in Höhe von 5,5 Millionen

Euro, der Kirche verblieben nur 2,8 Millionen, während den Rest die Teilnehmer übernahmen.

Ungeheuerer Steuerbefreiung durch den Staat

Eine wesentliche Subventionierung der Kirchen durch den Staat stellt schließlich auch die Steuerbefreiung dar. Die Kirchen zahlen weder Körperschaftssteuer noch Grundsteuer, noch Zinsabschlags- und Kapitalertragssteuer. Wie hoch die freiwilligen Zuschüsse an die Kirchen inklusive der Steuerprivilegien der Kirchen sind, weiß niemand genau. Jedenfalls geht es auch hier um Milliarden.

IV. Überfällige Bestandsaufnahmen und Überprüfungen

Die Vermischung und Pauschalierung von alten und neuen Verbindlichkeiten mit freiwilligen Zahlungen schuf eine Grauzone, in der der Staat Geld verteilt, ohne zu wissen, ob er es aus freiem politischen Ermessen oder aufgrund einer Verpflichtung tut. Es geht nicht länger an, dass sich die milliardenschwere Kirchenfinanzierung durch den Staat in einem aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Dschungel von tatsächlichen, vermuteten und möglichen Verpflichtungen verliert und niemand genau weiß, wo die Grenze zwischen Verbindlichkeiten und freiwilligen Dotationen verläuft. Deshalb ist zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme von Bund, Ländern und Gemeinden zu fordern, die seit Jahrzehnten überfällig ist und erforderlichenfalls auf einer gesetzlichen Grundlage mit Hilfe präziser Auskünfte der Kirchen und ihrer Einrichtungen zu erfolgen hat.

Verträge vom Beginn des 19. Jahrhunderts

Dabei wird bei den altrechtlichen Staatsleistungen, die meist zu Beginn des 19. Jahrhunderts begründet wurden, die Frage nach ihrer Berechtigung im Jahr 2000 immer dringlicher. Die Kirchen können aus den staatlichen Entschädigungsverpflichtungen anlässlich der Säkularisation keine ewige Rente ableiten, die Jahrhunderte überdauert. Was die Kirchen durch den Reichsdeputationshauptschluss des Jahres 1803 verloren haben, wurde im Lauf der letzten 200 Jahre durch Millionen von Gulden und Milliarden von Mark und Euro mehrfach zurückgezahlt.

Deshalb ist eine Ablösung bzw. Aufhebung dieser Verträge längst überfällig. Bereits in der Weimarer Reichsverfassung war im Art.138 vorgesehen, dass "die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften... abgelöst" werden. Das Grundgesetz hat dieses Verfassungsgebot in Art.140 übernommen. Doch nichts geschah. Der Staat zahlt weiter, ja nicht nur das:

Er geht immer neue Zahlungsverpflichtungen ein, obwohl dies mit dem Verfassungsgebot, die Dauerschuldverhältnisse zwischen Staat und Kirche aufzulösen, nicht vereinbar ist.

Vor allem bedarf die freiwillige Subventionierung der Kirchen einer gründlichen Überprüfung. Gefördert wird so gut wie alles, was es an kirchlichen Einrichtungen und Veranstaltungen gibt - von Kirchentagen, Akademien und Erwachsenenbildung über Kindergärten, Jugend- und Altenhilfe bis hin zu Krankenhäusern und den Sozialeinrichtungen von Caritas und Diakonie. Bisher wird dies durch bloße Haushaltsansätze praktiziert, die noch dazu meist in Positionen verpackt sind, aus denen die einzelnen Zuwendungen für kirchliche Zwecke nicht transparent werden. Angesichts der Größenordnung der Subventionierung, die zu einer weltanschaulichen und gesellschaftlichen Bevorzugung der kirchlichen Aktivitäten führt, ist ein eigenes Gesetz erforderlich, das sich mit der Subventionierung kirchlicher bzw. allgemein konfessionell gebundener Einrichtungen befasst. Dabei sind die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen des Neutralitätsgebots und des Gleichbehandlungsgrundsatzes zu beachten.

V. Der Gesetzgeber muss handeln

Bei der gegenwärtigen Finanzlage der öffentlichen Hand ist es nicht länger vertretbar, dass zu Lasten der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden den beiden Amtskirchen jährlich finanzielle Vorteile in Höhe von nicht genau bekannten zweistelligen Milliardenbeträgen zufließen - teils durch direkte Zuwendungen, teils durch Einnahmeverzicht des Staates. Deshalb verlangen die Petenten folgende Sofortmaßnahmen:

1. Eine genaue Bestandsaufnahme aller den Kirchen zugute kommenden finanziellen Zuwendungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Erforderlichenfalls ist zu diesem Zweck eine Kommission mit gesetzlich verankerten Auskunftsrechten einzusetzen.

2. Die steuerliche Absetzbarkeit der Kirchensteuer und die Steuerbefreiungen der Kirchen sind durch entsprechende Gesetzesänderungen zu streichen.

3. Art.140 GG i.V.m.Art.138 Weimarer Reichsverfassung ist endlich zu voll ziehen: Um die dort vorgesehene Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen durch die Landesgesetzgebung zu ermöglichen, hat der Bund nunmehr die Grundsätze dieser Ablösung festzulegen.

4. Neue Kirchenverträge dürfen nicht mehr abgeschlossen werden.

Diese Petition wird von den nachfolgenden Unterzeichnern unterstützt:

Juni 2005, Amtsgericht Eschweiler
Aktuelles Verfahren im Fall Hermine Schneider

Gerichtsverfahren wurde in allen Punkten sang und klanglos eingestellt

Der Kirchenvorstand der Eschweiler Kirche St. Peter und Paul und das katholische Kinderheim St. Joseph klagten in einem 2-jährigen Rechtsstreit gegen das Kirchenopfer Hermine Schneider.

Die Anklage bezog sich auf drei Punkte:

1. das Führen eines akademischen Grades
2. Schwerer Hausfriedensbruch
3. Beleidigung eines Pfarrers

In allen drei Punkten wurde das Verfahren eingestellt. Und nun kommt die Frechheit- die Kosten des Verfahrens, nämlich 10.000€, trägt der Staat .

Hermine Schneider sieht sich im Aufwind. Monatlich finden Demonstrationen mit Lautsprecher vor dem Kinderheim Eschweiler und in der Fußgängerzone Eschweiler statt. Diese werden unterstützt von dem Wahlbündnis PDS/ WSAG. Die Demonstrationen sollen so lange fortgesetzt werden bis die gerechte Entschädigung den Kirchenopfern zuteil wird.

Hermine Schneider wurde als Kind im Kinderheim Eschweiler missbraucht und misshandelt. Seit Jahren kämpft sie und andere Heimkind-Opfer um Entschädigung. Dabei legt die Kirche ihr immer wieder Steine in den Weg.



Eschweiler Kinderheim

Petition für mehr Gerechtigkeit zwischen Staat und Kirche

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition:

Name,	Adresse	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		

Sammeln Sie Unterschriften und senden Sie diese an:

Initiative STOPPT DIE ABZOCKER
Am Vogelherd 17, 97295 Waldbrunn
www.ge-recht.info

Neue Mahnmal Aktion: Wir fordern Bundestagsmitglieder auf

Baut endlich das Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche!

Vor wenigen Wochen erhielten alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages Post von der Initiative Mahnmal. Der Wortlaut des Briefes:

Vor wenigen Wochen beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit die Verschärfung des Versammlungsrechts. Als historisch besonders bedeutsame und schützenswerte Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus wurde das Holocaust-Mahnmal in Berlin festgelegt. Das ist nur zu begrüßen, zumal die Opferzahlen des Nationalsozialismus in die Millionen gehen.

Damit wird noch einmal die Bedeutung eines Denkmals, gerade im historischen Deutschland, vom Bundestag betont und deutlich unterstrichen. Es sind wichtige Orte der Besinnung und einprägsame Stätten der Mahnung.

Ohne das unermessliche, tiefe Leid der Opfer des Holocausts schmälern zu wollen, möchten wir Sie auf eine in Deutschland fast vergessene Opfergruppe aufmerksam machen: Es sind die Millionen Tote, die auf Betreiben beider Kirchen bis in das vergangene Jahrhundert hinein unschuldig ihr Leben lassen mussten.

Wir denken, es ist an der Zeit, endlich auch für diese Opfer ein Mahnmal zu errichten!

Karlheinz Deschner ist einer der renommiertesten Kirchenkritiker; der überzeugend schreibt: "Nach intensiver Beschäftigung mit der Geschichte des Christentums kenne ich in Antike,

Mittelalter und Neuzeit, einschließlich und besonders des 20. Jahrhunderts, keine Organisation der Welt, die zugleich so lange, so fortgesetzt und so scheußlich mit Verbrechen belastet ist wie die christliche Kirche, ganz besonders die römisch-katholische Kirche." (Die beleidigte Kirche, S.42 f)

Millionen Tote durch die Kirchen!

Allein in Europa waren dies Millionen von "Hexen", Andersgläubigen und Opfern in Glaubenskriegen. Die Kreuzzüge allein forderten über 22 Millionen Opfer. Die Ideologie, die solche Verbrechen ermöglicht, ist in beiden Amts-

kirchen bis heute nicht widerrufen. Auf eine nur halbherzige Entschuldigung des Papstes im Jahr 2000 folgte keinerlei Wiedergutmachung.

Diese Verbrechen dürfen sich nicht wiederholen!

Deshalb fordern wir, ein Mahnmal für die Opfer zu errichten als sichtbares Zeichen gegen das Vergessen. Das Denkmal soll ein Zeichen des Erinnerns, des Gedenkens und der Scham setzen, ein Zeichen unserer Trauer; auch ein Zeichen unserer Geschichte.

Bitte setzen Sie sich ein für die Errichtung eines Mahnmals in Ihrem Wahlkreis oder an zentraler Stelle in Ber-

lin, wie z.B. vor dem Berliner Dom.
Mit freundlichen Grüßen



Das Holocaust-Mahnmal ist fertig. Wann endlich wird auch das Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche errichtet?

"Kriminalgeschichte des Christentums" von Karlheinz Deschner - Band 8

"Die einträgliche Fabel von Christus"

Teil II

"In der Kirche geht es vor allem um zwei Dinge: um Macht und Geld."

Diese Aussage des Kirchenkritikers Prof. Hubertus Mynarek findet voll bestätigt, werden 8. Band der "Kriminalgeschichte des Christentums" von Karlheinz Deschner in die Hand nimmt. Denn die Päpste der Renaissancezeit geben hier ein eindrucksvolles Beispiel ... Lesen Sie hier den zweiten Teil unserer Buchbesprechung. Den ersten können Sie bequem im Internet unter KirchenOpfer.de nachlesen.

Zur Ernährung eines Mönchs mussten sechs bis acht Ackerknechte schuften.

Von daher verwundert es nicht, dass an den Knochen mittelalterlicher Mönche die Folgen zahlreicher Krankheiten gefunden wurden, die auf Übergewicht zurückgeführt werden können: z.B. Verknöcherungen des Rückenmarkskanals, die wie heruntergelaufenes Kerzenwachs aussehen - Folge von Diabetes, die bei vielen klösterlichen Tafelhelden zu "Lähmungen oder Schluckstörungen" geführt haben Oder Gelenkköpfe von Knien und

Hüften, die bei genauerem Hinsehen wie glatt poliert und gläsern aussehen - "Anzeichen dafür, dass sich die Knorpelschicht unter der Last des Körpergewichts aufgelöst hatte und bei jedem Schritt der fröhlichen Prasser Knochen auf Knochen scheuerte." (ebd.)

Bauernaufstände gegen „Pfaffen“ und Klöster

Kein Wunder also, dass die Unterdrückung der Landbevölkerung immer wieder zu Aufständen führte. Siegfried von Feuchtwangen, Hochmeister des Deutschritterordens, soll um 1300 gesagt haben, ihm schmecke "kein Bissen, habe er zuvor nicht ein paar Bauern hängen lassen" (S.385). Aufstände von Bauern gegen die Obrigkeit, besonders die kirchliche, gab es in ganz Europa das gesamte Mittelalter hindurch. Und auch der deutsche Bauernkrieg 1525 wird vom Zeitgenossen Erasmus von Rotterdam schlicht als "Pfaffenkrieg" und "Klosterkrieg" bezeichnet. Martin Luther, der zunächst Sympathien für die unterdrückten Bauern geäußert hatte, schlug sich im entscheidenden Moment jedoch auf die Seite der Obrigkeit und hetzte diese geradezu zu Mord an den Bauern auf: "Solch wunderliche Zeiten sind jetzt, dass ein Fürst

den Himmel mit Blutvergießen verdienen kann, besser als andere mit Beten ... Steche, schlage, wüрге hier, wer da kann. Bleibst du drüber tot, wohl dir, seligeren Tod kannst du nimmermehr finden." Man könne, so Deschner, bei Luther nicht einmal mehr von einem "Wolf im Schafspelz" sprechen: "Luther kommt schon als reißender Wolf!" (S.394) In ähnlicher Weise hetzte Luther

wurden auch andere 'Ketzer' schon kanonisiert.

Wird Luther eines Tages Kirchenlehrer?

Und werden die Zeiten für beide Konfessionen schlechter - und das werden sie - beginnen die Stühle, die Pfründe zu wackeln, so rückt

Schlimmste, was ihm (Hus) noch passieren könnte ... Rehabilitiert diese Kirche Hus? Das hätte sie nicht verdient: Und er erst recht nicht."

Am Ende des Buches deutet Karlheinz Deschner manches an - z.B. die Geschichte der blutigen Eroberung Lateinamerikas durch die Spanier -, worüber er in einem weiteren Band seiner Kriminalgeschichte noch gerne schreiben



Sixtus IV. (rechts)- Begründer der spanischen Inquisition (1470)

gegen die Hexen, gegen die Juden oder gegen die "religiöse Konkurrenz", die Täufer. Ausgerechnet auf dem Reichstag zu Speyer 1529, auf dem die "Geburtsstunde" der Protestanten schlug, vereinbarten diese mit den Katholiken, dass auf "Wiedertaufe" die Todesstrafe stehen sollte. Am Ende des Kapitels über Luther wagt Deschner einen Blick in die Zukunft, anknüpfend an die Aussage des Katholiken Joseph Lortz: "Luther war katholischer, als wir wussten..." Deschner kommentiert: "... schließlich

man einander noch näher, kriecht da ganz und gar zu Kreuz und macht dort Luther - zum Kirchenlehrer. Verdient hätte er's." (S.430)

Ein anderer hätte es hingegen nicht verdient, unter die von der Kirche „selig“ oder gar „heilig“ Gesprochenen aufgenommen zu werden, unter denen sich bekanntermaßen ungezählte Totschläger und Schreibtischmörder befinden: Jan Hus - 1415 als 'Ketzer' in Konstanz verbrannt. Diesbezügliche Bestrebungen kommentiert Deschner als "das

wird, "wenn es mir noch vergönnt sein sollte". Wir gönnen es ihm und wünschen dem Autor, der in diesem Jahr sein 80. Lebensjahr vollendet hat, dass er das auf zehn Bände angelegte Lebenswerk noch vollenden kann.

Karlheinz Deschner,

„Kriminalgeschichte des Christentums“, Band 8, Das 15. und 16. Jahrhundert, Rowohlt 2004

Täuschung ++ Lüge ++ Reden mit gespaltener Zunge

Der Vatikan betrügt die Welt!!

Alle Welt schaute nach Rom. Papst Johannes Paul II. wurde beerdigt. Nur Gutes über ihn kam aus den Mündern der Könige, Fürsten und Herrscher unserer Zeit. Doch entsprechen all diese salbungsvollen Worte der Wahrheit? Oder wird die Welt auch noch im Tod des Pontifex Maximus nach Strich und Faden belogen und betrogen? Wir lassen im Folgenden einige Politiker zu Wort kommen und stellen Fakten dagegen:

UN-Generalsekretär Kofi Annan

"Ich erinnere mich sehr innig an meine Treffen mit ihm, vor allem wie wir zusammen in seinen privaten Räumen saßen und über Krieg und Frieden debattierten, als wir darüber nachdachten, was im Kosovo zu tun ist. Er war sehr besorgt über die Welt, in der wir leben. Und er fühlte wie ich, dass in einem Krieg alle Verlierer sind."

Fakten:

Wenn der Papst wirklich gegen den Krieg war, warum änderte er nicht seinen Katechismus, in dem Krieg immer noch als letztes Mittel gerechtfertigt ist: "Verteidigung mit militärischen Mitteln darf erst als letztes Mittel (ultima ratio) angewendet werden, nachdem alle gewaltfreien Maßnahmen der Konfliktlösung ausgeschöpft sind."

(Katechismus S.323) Die Kirche ist nicht pazifistisch. Immer wieder wurden Waffen für Kriege gesegnet. Selbst die Atomwaffen werden bis heute nicht verdammt. Dagegen hält die Kirche, dessen Oberhaupt der scheidende Papst war, an der These fest, die besagt, dass auch atomare Abschreckung zeitweise noch nötig sei.

Wenn der Papst wirklich gegen den Krieg war, warum verkauften

die Kirche und die kirchennahen Einrichtungen- wie etwa die kircheneigenen Banken- nicht sämtliche Aktien von Firmen, die Rüstungsgüter herstellen? Allein in Deutschland verfügten im Jahr 2000 beide Kirchen über Vermögenswerte im Bereich ihrer Kirchenbanken von ca. 80 Mrd Euro. (C.Frerck, Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland s.267) Sie investierten fleißig über z.B. die katholische Liga-Pax-Ak-

tion-Union in europäische Titel wachstumsstarker, großer Unternehmen ("Blue Chips"), (ebd.261). Dort befinden sich Unternehmen wie Siemens, Bayer und die DaimlerChrysler AG. Die ist mit ihrer Daimler-Beteiligungsgesellschaft EADS durch den Eurofighter und den Militärtransporter A400M gerade zu einem der führenden deutschen Rüstungsproduzenten und -exporteure aufgestiegen.



Militärtransporter A400M



Eurofighter

Auch bei den Militärflugzeugen A400M und Eurofighter sind auf Umwegen kirchliche Gelder mit im Spiel.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Kardinal Lehmann: **"Er hat weltweit die frohe Botschaft verkündet: 'Öffnet, reißt die Tore weit auf für Christus', zu allen Christen und Religionen, zu allen Menschen, besonders zu den Armen."**

Fakten:

Der Papst reiste gerne und öffnete sicherlich die Tore zu den Armen. Doch was hat er ihnen mitgebracht? Alle seine Reisen mussten ausschließlich von den besuchten Nationen bezahlt werden. Der arme Staat Goa/ Indien zahlte z.B. für seinen Papstbesuch eine halbe Mio. Euro. Wäre es da nicht besser gewesen das Geld an die Bevölkerung zu verteilen? In der armen Elfenbeinküste (620\$ BSP/Einwohner, im Vergleich Deutschland mit über 22.000\$) weihte der Papst 1990 die Basilika Notre-Dame de la Paix ein. Auf über 15.000 Quadratmetern finden im Dom rund 60.000 Gläubige Platz. Die Basilika ist die größte Afrikas und ein einzigartiger Nachbau des Petersdom in Rom. Wäre es nicht besser gewesen das viele Geld den Armen zu spenden? Was haben sie jetzt nach dem Ableben des Papstes?

Der Papst und die Kirche rief nach Katastrophen gerne zu Spenden

auf. Doch selbst spendet sie meist nicht. Das Vermögen der beiden Kirchen in Deutschland wird allein auf über 500.000.000 Euro geschätzt. Um wie viel reicher ist der Vatikan? Warum spendet er nicht?

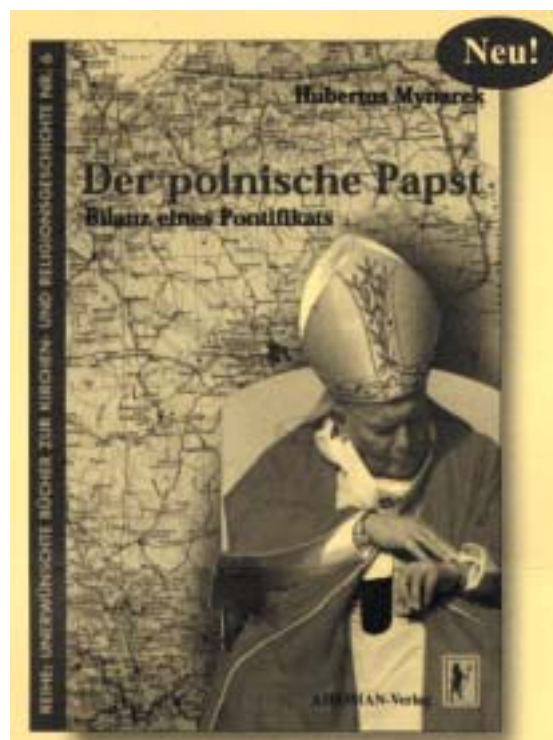


Was haben die Armen von der Elfenbeinküste vom Prunk und Protz der Kirche?

Neuerscheinung: »Der polnische Papst«

Wie heilig der erste polnische Papst der Kirchengeschichte, Johannes Paul II. bzw. Karol Wojtyla, im mythologischen-dogmatischen Sinne war, kann die römische Kirche festsetzen. Seine historische Existenz und Aktivität muss dagegen mit Nüchternheit und Objektivität erfasst werden, und das geht nicht in eigener Sache; dazu sind unabhängige Kenner der Kirchenszene weitaus besser geeignet. Dieses Buch des Religionswissenschaftlers, Philosophen und Ex-Dekans der Theol. Fakultät der Univ. Wien Hubertus Mynarek liefert eine umfassende Bilanz über die Außen- und Innenpolitik des verstorbenen Papstes, über seine Finanz- und Sozialpolitik, über seine Glaubens-, Moral- und Sexualdoktrin, über seine of-

fizielle und private Einstellung zu Frauen, seine Persönlichkeit und seine kirchliche Sozialisation. Schon als Theologiestudent und junger Priester begegnete Mynarek Karol Wojtyla bei dessen Vorlesungen an der Katholischen Uni-



201 S., mit Namensregister und Literaturverzeichnis
€ 19,80 / sFr 29,80 / ISBN 3-89484-602-X
AHRIMAN-Verlag, Postf. 6569, 79041 Freiburg

versität in Lublin. Von diesem Zeitpunkt an blieb er ein aufmerksam-kritischer Beobachter von dessen Karriere bis hin zur Papsterhebung....**Eine ausführliche Besprechung folgt!**



Zeugen Jehovas verweigerten den Kriegsdienst

Man muss sich immer wieder wundern, mit welcher Dreistigkeit Kirchenfunktionäre ihre angestammten Privilegien zu verteidigen versuchen.

Da war es doch tatsächlich über Jahre hinweg gelungen, den Zeugen Jehovas den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts vorzuenthalten, den die Kirchen längst besitzen.

Dieser Status berechtigt unter anderem dazu, Kirchensteuern vom Staat einziehen zu lassen, Steuerbefreiungen und Sendezeiten in Funk und Fernsehen zu bekommen.

Aber was wären Privilegien, wenn sie jeder haben kann?

Bischof Huber und die Zeugen Jehovas Privilegien - aber bitte nur für uns!

In einem Grundsatzurteil entschied nun das Oberverwaltungsgericht Berlin, dass das Land Berlin den Zeugen Jehovas den Status nicht länger vorenthalten dürfe. Die Berichte von "Aussteigern" die gegen die Zeugen Jehovas sprechen sollten und die vor allem von kirchlichen "Weltanschauungsbeauftragten" gesammelt worden waren, erkannte das Gericht nicht als ausreichendes Beweismittel an.

Grund für den obersten Lutheraner, Landesbischof Huber, kräftig zu zetern: Dies sei "nicht der richtige Schritt". Dabei hätte die lutherische Kirche allen Grund, bezüglich der Zeugen Jehovas eine historische Wiedergutmachung zu leisten. Denn es waren insbesondere lutherische Kirchenfunktionäre, die während

der NS-Zeit die Zeugen, damals "Bibelforscher" genannt, bei Behörden anschwärzten und offen zu deren Verfolgung aufriefen. Die Zeugen Jehovas wurden dann trotz ihrer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl zu der am stärksten verfolgten Glaubensgemeinschaft des "Dritten Reichs". Während es nur eine Handvoll katholischer oder lutherischer Wehrdienstverweigerer gab, wurden Dutzende von jungen Zeugen hingerichtet, weil sie nicht für Hitler nicht in den Krieg ziehen wollten. Die Opfer, die in Konzentrationslagern starben, gehen in die Hunderte und wurden von Mithäftlingen wegen ihrer Standhaftigkeit bewundert.

Wären Hitlers Kriege möglich gewesen, wenn alle so gehandelt hätten?

Zur Nachahmung empfohlen 81 Inquisitionsoffer rehabilitiert

In dem Dorf Prestonpans bei Edinburgh wurden in einer feierlichen Zeremonie 81 Frauen rehabilitiert, die vor rund 400 Jahren als angebliche "Hexen" hingerichtet worden waren.

Die Frauen wurden um Vergebung gebeten und zur Erinnerung an ihre Ermordung wurden

Kränze niedergelegt.

Während der Reformationszeit wurden allein in Schottland mehr als 3500 Menschen wegen "Hexerei" umgebracht. Dabei hatte es in manchen Fällen bereits genügt, eine schwarze Katze zu besitzen ...



Frauen wurden auch die Brüste verstümmelt

++ Kirche-Staats-Vertrag ++

Geht die freie Stadt Hamburg vor der Kirche in die Knie?

Als eine der letzten noch verbliebenen Bastionen - neben Berlin - soll jetzt offenbar Hamburg von der Kirche "eingenommen" werden - indem dort nämlich ein "Kirchen-Staats-Vertrag" ausgehandelt wird. Hinter verschlossenen Türen, versteht sich.

Kirchenmitglieder längst in der Minderheit

Es regt sich jedoch Widerstand: Ein Aktionsbündnis für Hamburg: Gegen den Staat-Kirche-Vertrag (www.ibka.org) pocht auf die "uralte Hamburger Tradition", für "alle Kulturen und Religionen integrativ" zu sein - und dabei keine zu bevorzugen. Das Aktionsbündnis weist darauf hin, dass die Mitglieder der beiden Großkirchen in Hamburg mit 43% der Bevölkerung (32,7% lutherisch, 10,3% katholisch) längst in die Minderheit geraten sind. Rechnet man nur die Kirchenbesucher, so repräsentieren die Kirchen gar nur noch 2,1% der Bevölkerung. Und als solche wollen sie dann spezielle, unkündbare Verträge mit finanziellen Privilegien und staatlichen Zahlungen.

Die Kirchen fordern, so wurde es bereits im Vorfeld bekannt, dass die Stadt nicht wie bisher "nur" einen Großteil, sondern

alle Kosten für die Kindertagesstätten übernimmt. Das wären allein für die 140 evangelischen Kitas zusätzliche 3,7 Millionen Euro jährlich.

Kirche will für eigene Kindergärten nichts zahlen!!

Zur Begründung wird angeführt, dass andere Träger auch 100 Prozent erhielten. Dabei wird jedoch unterschlagen, dass erstens die Kirchen ohnehin jährlich 14,1 Milliarden an Subventionen vom deutschen Staat erhalten - ohne Sozialleistungen. Allein die steuerliche Freistellung der Kirchensteuer macht über 4 Mrd. jährlich aus. Das erhalten andere Träger nicht. Und dass zweitens der Betrieb eines Kindergartens für die Kirchen langfristig gesehen immer ein einträgliches Geschäft ist: Hier können sie sich die Kirchensteuerzahler von morgen heran-erziehen ...

Dreiste Erpressungsversuche trotz jährlicher Milliarden Zuschüsse

Mit dieser dreisten Forderung stehen die Hamburger Kirchen

aber nicht allein. Überall in Deutschland nützen die Großkirchen ihre - vom Staat mit herangezuchtete - Monopolstellung im sozialen Sektor dazu aus, regelrechte Erpressungsversuche zu starten: Man werde sich aus der Kindergartenarbeit zurückziehen, wenn die Kommunen und die Länder nicht ihren Zuschuss von 90 auf 100 Prozent erhöhen und dergleichen. Die öffentliche Hand, durch staatliche Gesetze zur Bereitstellung von Kindergarten- und Tagesbetreuungsplätzen verpflichtet, ist dieser Erpressung fast hilflos ausgeliefert.



Bisher Zeichen freier Bürgerschaft: Das Hamburger Rathaus

Ja, ich möchte mithelfen!

Mit dieser Aktion unterstützen Sie die Initiative »Ein Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche«

Liebe Leser,

Immer mehr Menschen fordern ein Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche als Zeichen des Erinnerns und des Gedenkens und insbesondere um zu verhindern, dass ähnliche Verbrechen heute oder in Zukunft wieder geschehen.

Denn noch heute billigt die Kirche den Krieg, wenn sie es für richtig hält, und diffamiert Minderheiten, ganz zu schweigen vom sexuellen Missbrauch von Kindern durch Priester. Was können wir tun? Die Initiative »Ein Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche« organisiert Vorträge mit Juristen, Ex-Pfarrern, Journalisten und Professoren, die fachkundig das Thema beleuchten, was zu einem Umdenken und Aufwachen unter der Bevölkerung beiträgt. Um mehr Kommunikation mit unseren Freunden und Förderern zu haben, ist diese Zeitung »Mahnmal aktuell« entstanden. Darin wollen wir über unsere Aktivitäten berichten und über die Verbrechen der Kirchen aufklären. Aber auch Opfer der Kirche in unserer Zeit lassen wir zu Wort kommen.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die die Initiative bereits unterstützen!

Unterstützungs-Abo

Ja, ich fördere die Aktivitäten der Initiative mit einem monatlichen Beitrag von

0 € 5,- 0 € 10,- 0 € 25,- 0 €

Ich erhalte die Zeitung *Mahnmal aktuell* automatisch zugesandt. Der Betrag wird monatlich von meinem Konto abgebucht und ist jederzeit kündbar.

Leser-Abo

O Ja, ich möchte die Zeitung *Mahnmal aktuell* regelmäßig erhalten. Der Betrag von € 20,- wird einmal im Jahr von meinem Konto abgebucht und ist jeweils zum darauffolgenden Bezugsjahr kündbar.

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Bank: _____
Kto.-Nr.: _____
BLZ: _____
Datum/ Unterschrift: _____

Zusätzliche Ausgaben zum Weitergeben

Ich möchte von jeder Ausgabe zusätzlich _____ Exemplare zum Weitergeben erhalten. Der Betrag von € 0,50 pro Zeitung überweise ich.

Einmaliger Unterstützungsbeitrag

Ich möchte mithelfen mit einem einmaligen oder zusätzlichen Unterstützungsbeitrag von € _____. Ich überweise den Betrag auf das Konto der Sparkasse Mainfranken Würzburg, BLZ 790 500 00, Konto-Nr. 414 176 35

Einsenden an:

Initiative »Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche«
Theaterstraße 25, 97070 Würzburg

www.KirchenOpfer.de